

# Zuchthausdrohung gegen Streifende

## Kommunisten bringen Zuchthausparagrafen zu Fall. Verkehrspersonal der Eisenbahn, Autobusse und Straßenbahn sollen mit hohen Kerkerstrafen belegt werden

Am Reichstagsauschuss zur Beratung des neuen Strafgesetzbuches wurde heute der § 234 behandelt, der zu einer ungeheuerlichen Welle der Bourgeoisie gegen streifende Arbeiter aller lebenswichtigen Betriebe werden sollte. Nach diesem Paragraphen sollte jeder Arbeiter mit hohen Zuchthausstrafen bestraft werden, wer einen lebenswichtigen Betrieb „außer Tätigkeit setzt“, sich daran beteiligt oder darauf hinarbeitet.

Gegen diesen Antrag richteten die Kommunisten scharfe Vorwürfe, so daß es schließlich mit knapper Mehrheit gelang, diese Paragraphen zunächst aus dem Gesetzbuch zu streichen.

Der obengenannte Ausschuss hatte bereits am 12. Januar mit der Beratung der Paragraphen gegen die Eisenbahner, die Verkehrsarbeiter wie überhaupt gegen die Arbeiter in lebenswichtigen Betrieben begonnen. Der § 234 sieht Zuchthausstrafe bis zu 15 Jahren vor für Eisenbahner, die bei Ausübung ihres Dienstes infolge Unachtsamkeit nicht in der Lage sind, jede der zahlreichen Dienstvorschriften genau zu beachten. Wenn nun infolge der Anwesenheit und der Erschöpfung durch die Summe der Löhne eine Gefahr für Menschenleben eintritt, wird der Arbeiter und der untere Beamte der Reichsbahn ins Zuchthaus geschickt, während die Verantwortlichen frei ausgehen.

Der § 231 trifft in der gleichen Weise das Verkehrspersonal, die Straßenbahn- und Autobusfahrer, die infolge der gefürzten Fahrgäste, der geringen Konditionen und der fortgeschrittenen Beschäftigung ihrer Löhne, besonders in den verkehrsreichen Stunden

den der Striktheit gegen die Verkehrsarbeiter verstoßen und dadurch eine Gefahr für Menschenleben herbeiführen.

Gegenüber diesen Paragraphen hat die kommunistische Fraktion beantragt, daß nicht der Arbeiter und der untere Beamte, sondern der Eigentümer und leitende Beamte der Eisenbahn, der Verkehrsbetriebe bestraft werden sollen, die durch Nichtbeachtung von Sicherheitsvorschriften, Verwendung ungeeigneter Betriebsmittel und Materialien, durch Überanstrengung des Personals eine Gefahr für das Personal selbst, für die Fahrgäste und für andere Personen herbeiführen.

Gegen diese im Interesse des Verkehrspersonals stehenden Anträge wandten sich die Regierung, die bürgerlichen Parteien und auch der Kader der Sozialdemokratie, Naumann. Er beschuldete sogar diese Anträge der Kommunisten als Komödie und Heuchelei. Die Abstimmung wurde bis zur nächsten Woche zurückgestellt.

Gegen diese Zuchthausparagrafen, die dem Verkehrspersonal drohen, muß ein Heereslager aller Arbeiter und Beamten der Eisenbahn, der Autobuslinien und der Straßenbahn einlegen. Das ungeheure Ansehensvermögen und die fortwährende Beschäftigung der Löhne und Gehälter, in allen Verkehrsbetrieben, hat die Unfallschäden im höchsten Masse erhöht. Nicht die Arbeiter und Beamten, sondern die Urheber der verhängten Ausbeutung des Verkehrspersonals sind die wirklich Schuldigen, die zur Verrentung gezwungen werden müssen.

# Eltwerfer-Sturm gegen Kurpath

## Belegchaft für RGO-Antrag zur Festnagelung der Krankenfällen-Verschlepper!

(Arbeiterkorrespondenz)

Am Dienstag fand eine Belegchaftsversammlung des Betriebs der Dresdner Elektrizitätswerke statt, an der etwa 200 Arbeiter teilnahmen. Diese Versammlung fand im Zeichen der Empörung der Eltwerfer gegen die ungeheure Verschlechterungspolitik und gegen den reformistischen Verrat an der Arbeiterklasse. Kurpath, der berüchtigte Einspänner des Geheimratsbundes hielt dort das Redner, in dem er jedes Eingehen auf die Interessen der Arbeiter verurteilte. Die Stimmung der Belegchaft kam jedoch sofort zum Ausdruck. Nach der Begrüßung des Redners stellten die Vertreter der RGO den Antrag, in kürzester Zeit eine Belegchaftsversammlung der Arbeiter sämtlicher Eltwerke Dresdens durchzuführen, mit der Tagesordnung: Bericht der Verschlepperräte über die Verschlechterung der Betriebskonditionen.

Obgleich sich der Reformist Müller heftig gegen diesen Antrag wehrte, weil er, wie er sagte, den Verhandlungen der Jahnungen vorzuziehen, wurde er mit überwältigender Mehrheit angenommen. Nach Kurpaths Rede traten zwei rote Betriebsräte den Reformisten hart entgegen und erzielten dabei erneut die Zustimmung der großen Mehrheit der Belegchaft. Da diese Versammlung den Stoff für die in sämtlichen Werken geplanten Belegchaftsversammlungen darstellt, werden wir morgen darüber ausführlich berichten! Jedenfalls haben die Eltwerfer gezeigt, daß sie trotz des Entlassungssturus der Reformisten bereit sind, ihrem Kampfwillen einen Ausdruck zu geben. Den Kollegen der RGO und den roten Betriebsräten ermüht hier eine bedeutungsvolle Aufgabe!

# Maßregelung roter Betriebsräte

Berlin, 12. Januar (Eig. Draht.)

Genosse Bauer, Betriebsrat im Siemens-Elmo-Werk und Mitglied des Gesamt-Betriebsausschusses des Siemens-Konzerns wurde gestern fristlos entlassen, mit der Begründung, daß er am 4. Januar 1933 in der Garberstraße und in der Metallgasse zum Streik aufgerufen habe.

Obwohl wurde die rote Betriebsratin Maria Reinold fristlos entlassen mit der Begründung, sie hätte zum Streik aufgerufen und vor dem Reichsflughafen verteilt. Als die rote Betriebsratin nicht lehrte das Gebührende, heute die Firma ist die Westpolizei auf dem Hals, was in der Belegchaft große Empörung hervorrief.

Die roten Betriebsräte der Jahn- und Maschinenbetriebe Pankow haben, die Genossen Reklitz und Haas erhielten am 7. Januar ein Schreiben, in dem ihnen ihre fristlose Entlassung mitgeteilt wird. Sie werden in diesem Schreiben beschuldigt zum Streik gegen den brutalen Lohnabbau bei den Chemikarbeitskräften aufgerufen zu haben. Die reformistischen und antisozialistischen haben der Entlassung zugestimmt.

Die Belegchaften müssen durch einheitliches Auftreten in allen Betrieben die Maßregelungen roter Betriebsräte und resolutionärer Arbeiter, die sich für die Interessen der Gesamtbelegschaft einbringen unbedingt verhindern.

# Großer RGO-Sieg an der inner-gewerkschaftlichen Front

Berlin, 12. Januar (Eig. Drahtbericht)

In der Jahresgeneralversammlung der Chemikarbeitskräftegruppe im Verband der Lithographen und Steinbrüder hat die Opposition einen glänzenden Sieg errungen. In der Versammlung, an der von rund 1000 Mitgliedern fast 700 teilnahmen, wurde die Linie der Opposition für die Parteimehrheit mit großer Mehrheit angenommen. Gegen die Linie der Opposition hatten die Amsterdamer eine eigene Linie aufgestellt. Auf Antrag der neugewählten Leitung wurde eine Resolution angenommen, wonach im Verband nur noch auf 1000 Mitglieder ein Angestellter kommen soll.

Wie verschwenderisch die Reformisten mit dem Vollen-Vergehen gerade in diesem Verband waren, zeigt sich aus der Tatsache, daß der „Berowaria“ jammernd, nach diesem Antrag müßte die Hälfte der Verhandlungskomitees entlassen werden. Der Sieg der Berliner Chemikarbeitskräfte zeigt, daß die Arbeiterarbeit der RGO auch zur Gewinnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse führt.

# Zusammenbruch der Brandleristen

Berlin, 14. Januar (Eig. Drahtbericht)

Die Tagesleitung der Brandleristen, die „Arbeiterpolitik“, wird am 1. Februar wieder zum maßgebenden Organ über-

gehen. In der Gruppe, der die paar Arbeiter davonziehen, lebt in letzter Zeit ein heftiger Meinungskampf, der am 12. Januar zum Ausdruck kam. Walter, Friedrich, Max Köhler, Enders, Karl Jans, Karl Wolfers und anderen anderen aus der Gruppe führte. Die Mittelkammer der „Köten-Jahne“ über die ungeheure Zusammenbruch dieser Linie mit der SA-Führung haben diese Spaltung bekräftigt. Die Wasserschläuche werden in ein paar Tagen in der „Hinter“ Fikale des Sozialismus, bei den Kassenfeld und Seidenweg gelandet sein. Der Zusammenbruch der parteiunfählichen, interressenlosen Brandleristen und ihres Organes wird sich jetzt in raschem Tempo vollziehen.

### Heute spricht 19.30 Uhr im Keglerheim, Friedrichstr. u. Waizkes Etablissement, Michler und morgen 19.30 Uhr in Donaths Neuer Welt

## der ehemalige Nationalsozialist Reserveoffizier Kamerad Müller und der Reichstagsabgeordnete Kamerad Knöchel über Hitlers Kampf gegen das arbeitende Volk

### Arbeiter! Erscheint in Massen! Bildet die rote Einheitsfront!

# Neuer Preisschwindel in Dresden

## Ein Manöver zur Verhüllung der Lohnabbauoffensive

Die Dremag veröffentlicht gestern eine Mitteilung über eine bei ihr erfolgte „Preiserhöhung“. Wer schon die „Senkung“ der Rohstoffe bei der Straßenbahn einholen, so ist die Preiserhöhung bei der Dremag ein ungeheurer Skandal.

So werden die Preise für Gas pro Kubikmeter Gas um 1 Pfennig und für Strom um ganze 2 Pfennig geholt. Die Wasserpreise gleichfalls pro Kubikmeter um 2 Pfennig, aber, und das ist bezeichnend, nur bis zum 31. 12. 1932. Das sind lumpige 4-5 Prozent. Die Dremag mit ihrem bürgerlich-sozialistischen Aufsichtsrat findet noch den Mut, von einem „höheren Preisaufbau“ zu sprechen. Er könne leider deshalb nicht höher sein, weil die Ueberfläche eine Einnahmequelle für das Stadtbudget bedeuten.

Ja, der SPD-Finanzdirektor Dr. Bühret habe erklärt, daß die Ueberfläche keineswegs genutzt werden dürfen!

Wie es scheint, sind aber die Tarife für die Großabnehmer, die jetzt schon laun die Selbstkosten betragen, nicht nur nicht bestehen geblieben, sondern noch weiter zu Lasten der Kleinabnehmer gesenkt worden. Diese zahlen schon jetzt nur 5 bis 7 Pfennig pro Kilowattstunde Strom, für den die Dremag sich 12 Pfennig von den Kleinabnehmern bezahlen läßt. Darauf läßt die Mitteilung schließen, daß verschiedene Sondertarife ermäßigt werden seien.

Diese sogenannte Preisermäßigung ist eine ungeheuerliche Bezeichnung der Werttätigen. Die kommunistische Partei hat in ihrem roten Selbsthilfeprogramm den Weg zur Sicherung der Existenz aller Werttätigen gezeigt. Die werttätige Bevölkerung muß für dieses Programm kämpfen unter Führung der kommunistischen Partei.

# Ueberfüllte Wittfogel-Rundgebung in Dresden

Die gestrige Versammlung im Krillpalast, in der Genosse H. A. Wittfogel sprach, war schon vor festgesetztem Beginn überfüllt und wurde polizeilich geschlossen. Alle Schichten der Bevölkerung waren vertreten. Genosse Wittfogel sprach, oftmals von tosendem Beifall der Versammelten unterbrochen, über das Thema: „Hitlers 25 Punkte“.

Die Führer der Nazis, denen volle Redefreiheit zugesichert worden war, hatten vorgeschlagen, zu sprechen. Dafür hatten sie Kommandos, deren Auftreten aber durch die Wachposten der Arbeiter verhindert wurde, in die Versammlung geschickt.

Begeisterter Zustimmung läßt die Mitteilung von der Kandidatur des Genossen Thälmann zur Reichspräsidentenwahl aus-

# Die Zeilstreiks in Leipzig

Leipzig, 14. Jan. (Eig. Draht.)

Juden Streiks bei Brandleristen und im...

Die Belegchaft der Lithographen beider Firmen hat am Sonntag in einer Versammlung zu dem bevorstehenden Streik abgeben Stellung genommen und beschlossen, denselben nicht ohne handliches hinzunehmen. In den Verhandlungen mit der Leitung wurde dieser der Standpunkt der Belegchaft verteidigt. Die Kollegen forderten einen Ausgleich in Höhe von 1000 Mark. Das wurde von der Direktion brüsk abgelehnt.

In derselben Weise vollzog sich die Bewegung bei den Brandleristen. Auch dort lehnte die Direktion die Forderung der Zeilstreiks ab.

Nach kurzer Zeit schlossen sich dem Streik der Lithographen auch die Photographen, Photographen, Photographen und Retouchieren an.

Bereits einige Stunden nach Beginn des Streiks erschienen in beiden Firmen vom Arbeitsschweifen vermittelte Vermittler zum Streikbrüder. Als die erwerbslosen Kollegen den Streik ablehnten, erklärten sie sich mit den Streikenden solidarisch und lehnten die Arbeitsaufnahme ab.

# Forderungen teilweise bewilligt

Wie wir weiter erfahren, haben auch in anderen gleichartigen Betrieben, in der Halle u. Siedler, die Arbeiter die Forderung der Lohnabbauverhinderung gefordert. In dem vorgenannten Betriebe hat die Betriebsleitung teilweise die Forderung der Lohnabbauverhinderung mit der Erklärung, daß sie überhaupt keinen Lohnabbau vornehmen werde, wenn die anderen Firmen des gleichen Gewerbes ebenfalls davon Abstand nehmen.

# Neuer Streik in Berlin

Berlin, 12. Januar (Eig. Drahtbericht)

Die Belegchaft des Stahls und Walzwerkes Borsig, Berlin, ist gestern in den Streik getreten, nachdem der Unternehmer einen 10prozentigen Lohnabbau vornehmen wollte. Die Forderung der Belegchaft ist, daß die Betriebsleitung die Forderung der Lohnabbauverhinderung mit der Erklärung, daß sie überhaupt keinen Lohnabbau vornehmen werde, wenn die anderen Firmen des gleichen Gewerbes ebenfalls davon Abstand nehmen.

Hannover, 11. Januar (Eig. Draht.)

Hier ist der zweite Vorliegende der SPD-Sandfort und Mitglied der Leitung der Friedensgesellschaft Eise, von 1000 mehrere Arbeiter in die kommunistische Partei eingetreten.

# Pioniergrubenabend aufgelöst

Angelehnt auf Anweisung des Dresdner Schulamtes

Gestern Abend ereignete in einem Nebenabend der Pioniere in Vertretung ein Polizeikommando und löste die Veranstaltung auf, die der Vorbereitung der Pioniere bereits genehmigten Sonnenweidener Dienste. Der Vorsteher des Polizeikommandos ließ die Namen sämtlicher Kinder in der Liste der Polizei erklären, diese Wohnorte im Stadtgebiet des Dresdner Schulamtes durchzuführen. Besonders betont ist, daß die Jungpioniere keine anderen Organisationspartei, mit diesem Vorgehen des Schulamtes wird sich die Stadtverordnetenkollegium noch zu befassen haben.

# Neues Urteil wegen Hochverrats

Früherer Dresdner Polizei-Krankenpfleger zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Die Teilung meldet: Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts standen in Mitteln der Krankenpfleger Eryin Linde und Eryin Gertrud geb. Wittich, beide aus Dresden. Linde war als Krankenpfleger beim Gesundheitsdienst der Reichswehr in Dresden, ist aber am 15. April 1930 als ungeladener Gast zum Reichswehrdienst entlassen worden. Er ist seit 1927 Mitglied der SPD und hat sich verpflichtet, auch während der Dienstzeit bei der Polizei als Kommunist zu wirken. Nach seiner Entlassung hat er die Reichswehr verlassen. Der zweite Strafsenat hat am 12. Januar 1933 in Dresden verurteilt, Linde eine Nummer hat er dem Oberkommando der Reichswehr angeleitet, gegen den er von seiner Partei als vortelugener war. Nach Meinung des Senats soll Linde auch an keiner Entlassung mitschuldig sein. In dieser Zeit ist auch ein Brief veröffentlicht worden mit der Überschrift: „Der Diktator der Reichswehr“, in dem dem Jungheerführer Vorwürfe gemacht wurden.

Der Senat vernichtete den Angeklagten Linde wegen der Beteiligung des Hochverrats zu einem Jahre Gefängnis. Die Strafe wurde freigesprochen, wenn sie hat lediglich die Strafe für den Verstoß gebietet, ohne aber zu müssen, daß eine Gefängnisstrafe verurteilt werden soll.

# Die Frankreich

Die französische Regierung hat die Erklärung abgegeben, daß sie sich bei der Entscheidung über die Zulassung der französischen Arbeiter in die Reichswehr nicht einmischen wird. Die französische Regierung hat die Erklärung abgegeben, daß sie sich bei der Entscheidung über die Zulassung der französischen Arbeiter in die Reichswehr nicht einmischen wird.

3000

A-SCHA Der Be

Wanne schreit, was ist es tat, warum?

Wartog fol Schmecken. Die nach die schwarzen schlaff un

Wartog nüt Dort man denn Albert sah man abgspacker wieder Dumms